GENDER OPEN REPOSITORIUM

Subjektivierung als Krisenbearbeitung. Feministische und neogramscianische Perspektiven auf die gegenwärtige europäische Krisenpolitik

Hajek, Katharina; Opratko, Benjamin

2013

https://doi.org/10.25595/3364

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hajek, Katharina; Opratko, Benjamin: *Subjektivierung als Krisenbearbeitung. Feministische und neogramscianische Perspektiven auf die gegenwärtige europäische Krisenpolitik*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 22 (2013) Nr: 1, 44–56. DOI: https://doi.org/10.25595/3364.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Subjektivierung als Krisenbearbeitung. Feministische und neogramscianische Perspektiven auf die gegenwärtige europäische Krisenpolitik

KATHARINA HAJEK. BENJAMIN OPRATKO

Zahlreiche kritische Krisenanalysen betonen den umfassenden Charakter der gegenwärtigen „multiplen Krise" und verweisen auf die vielfältigen Dimensionen ihres Verlaufs.[1] Aus feministischer Perspektive ist hier besonders relevant, in welchem Zusammenhang die Krise – und ihre gegenwärtige Bearbeitung in Form austeritätspolitischer Strategien – mit den bereits länger diskutierten Krisen der Care- und Reproduktionsarbeit steht. In unserem Beitrag gehen wir deshalb der Frage nach, welche Rolle vergeschlechtlichte Subjektivierungsweisen in aktuellen Krisenpolitiken spielen und wie solche als Stabilisierungsreserve für die zunehmend autoritär durchgesetzte Austeritätspolitik an der EU-Peripherie wirken. Dafür stellen wir zunächst zentrale Einsichten feministischer und neogramscianischer Krisenanalysen vor und verknüpfen diese. In einem zweiten Teil argumentieren wir anhand der von der „Troika" in Griechenland durchgesetzte Krisenpolitik, dass die damit einhergehende Neuverteilung von Zuständigkeiten und Verantwortungen für gesellschaftlich notwendige Care- und Reproduktionstätigkeiten als Verlagerung der Krisenbearbeitung in die vergeschlechtlichten Subjekte – als „Subjektivierung als Krisenbearbeitung" – verstanden werden kann.

Feministische und neogramscianische Krisenanalysen

Feministische Analysen zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise fokussieren vor allem auf vier Punkte.
Erstens wird nach den vergeschlechtlichten *Ursachen* der Krise gefragt und auf die Inwertsetzung von – weiblich kodierten – personenbezogenen Dienstleistungen, die prekäre Erwerbsintegration von Frauen sowie die vergeschlechtlichten (und rassisierten) Vergabepraxen von Subprime-Krediten als funktionales Äquivalent für wohlfahrtsstaatliche Leistungen verwiesen (vgl. Reiner 2009, 7; Sauer 2010, 41; Young 2011). Zweitens werden direkte *Auswirkungen* der Finanzkrise auf die Lebens- und Arbeitsrealitäten von Männern und Frauen analysiert (vgl. Çağlar 2010, 96f; Michalitsch 2010, 107; Wichterich 2010, 174; Young/Schuberth 2010, VI). Drittens werden die politischen *Krisenbearbeitungsstrategien* auf ihre androzentrischen Schlagseiten untersucht. Obwohl es sich dabei um ein breites Feld von Maßnahmen auf unterschiedlichen – lokalen bis internationalen – Ebenen und mit unterschiedlichsten Stoßrichtungen handelt, wird dabei fast durchgängig ein „Versorgungskonservativismus" (Wichterich 2010) oder „geschlechterpolitischer Konservativismus" (Scheele 2011, 18) diagnostiziert (vgl. Reiner/Schambach 2010; Sauer 2010, 42). Viertens werden Remaskulinisierungstendenzen in den Institutionen der europä-

ischen financial governance aufgezeigt. Dabei setzen die jüngsten Transformationen bereits auf eine vergeschlechtlichte und maskulinistische „Architektur" (Walby 2009) auf, da die Institutionen nicht nur „bemannt" sind, sondern auch strukturell androzentrischen Wissensformen und -praxen folgen, die in der Krisenbearbeitung besonders häufig aufgerufen werden (vgl. Klatzer/Schlager 2012, 33).
Schließlich kann sich feministische Kritik nicht darauf beschränken, systemstabilisierende Maßnahmen oder die Herstellung des status quo ante zu fordern, sondern ist aufgrund der Tatsache, dass sowohl Ursachen als auch Auswirkungen und politische Bearbeitungen der Krise systematisch vergeschlechtlicht sind, stets notwendig – zumindest implizit – systemtransformierend (vgl. Michalitsch 2009, 49; Stiegler 2009, 27).
Neogramscianische Perspektiven[2] können ebenso wie feministische zu dem weiten Feld „heterodoxer" Ansätze in der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) gezählt werden (vgl. Bieling 2007, 50ff.). Aktuelle hegemonietheoretisch[3] orientierte Krisenanalysen gehen dabei v.a. den Fragen nach, ob die gegenwärtige Krise als organische Krise des neoliberalen historischen Blocks[4] zu verstehen ist und inwiefern sich die Formen der Stabilisierung, der Konsens- und der Kompromissbildung in der Krisenbearbeitung verändern. Dabei wird häufig auf eine These des neogramscianischen Forschers Stephen Gill zurückgegriffen, der bereits Anfang der 1990er Jahre die Entstehung eines neoliberalen „neuen Konstitutionalismus" feststellte. Dieser „kann als politisches Projekt definiert werden, das darauf abzielt, den transnationalen Liberalismus (…) zum einzigen Modell für zukünftige Entwicklung zu machen" (Gill 2008, 139). Indem neoliberale Politiken institutionalisiert und auf nationaler wie internationaler Ebene in rechtliche und quasi-rechtlichen Formen gegossen werden, entsteht eine Art globale Verfassung des Neoliberalismus. Sie zielt darauf ab, neoliberale Transformationen – z.B. Privatisierungen, Handelsliberalisierungen, die Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, Abbau wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen, Einführung marktwirtschaftlicher Effizienzkriterien im öffentlichen Dienst etc. – auf Dauer zu stellen, indem sie, so sie einmal durchgesetzt sind, demokratischen Willens- und Entscheidungsfindungsprozessen so weit wie möglich entzogen werden (vgl. Gill 1992, 165). Diese Tendenz, so die neogramscianische Diagnose, habe sich in der gegenwärtigen Krise noch verschärft. Hans-Jürgen Bieling etwa spricht von einem „Krisenkonstitutionalismus", der sich insbesondere auf Ebene der Europapolitik ausbilde. Die harte Konditionalisierung der Kredite der Europäischen Stabilisierungsfazilität EFSF, das „Europäische Semester" (das der Kommission die Überprüfung und Bewertung nationaler Staatshaushalte ermöglicht), die Verschärfungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts („Six Pack") sowie der „Euro-Plus-Pakt" (eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit) sind Teil dieser Dynamik. Da die Handlungsspielräume für demokratische Entscheidungsforen durch diese Maßnahmen extrem eingeengt und die Macht der Exekutiven sowie der europäischen Bürokratie ausgeweitet werden, gleicht nach Bieling der gegenwärtige europäische Krisenkonstituti-

onalismus „einem supranationalen ‚Coup d'Etat', also einem Staatsstreich in mehreren Akten" (Bieling 2011, 67; vgl. Oberndorfer 2012a, 2012b; Short 2012).
Gemein ist neogramscianisch orientierten Analysen, dass sie entdemokratisierende und autoritäre Dynamiken in der gegenwärtigen Krisenbearbeitung konstatieren, die als Fortführung und Vertiefung von „neu-konstitutionalistischen" Tendenzen verstanden werden, die schon für die Etablierung des neoliberalen historischen Blocks kennzeichnend waren (vgl. Overbeek/van Apeldoorn 2012; Rucki 2011).
Ein „intensiver Dialog zwischen den kritischen Ansätzen der feministischen und der neogramscianischen IPÖ" ist trotz des theoretischen und normativen Naheverhältnisses der beiden Ansätze „bislang ausgeblieben" (Hajek/Kinzel 2011, 126). Eine konzeptionelle Verschränkung von feministischen und (neo-)gramscianischen Ansätzen in der IPÖ müsste unseres Erachtens vor allem Folgendes in den Blick nehmen.
Erstens muss das neogramscianisch-integrale Verständnis von Politik und Ökonomie aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Im Großteil der neogramscianischen Literatur wird zwar die Dichotomie von Markt und Staat überwunden, dabei jedoch „ein Begriff des Ökonomischen vorausgesetzt, der Reproduktionsarbeit nicht als ökonomische Kernfunktion deutet" (ebd., 135). Dagegen plädiert die hier vertretene Perspektive für ein *integrales Verständnis von Staat, Produktion und Reproduktion*, das die Formen, in denen gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeiten in einem konkreten historischen Block verrichtet werden, als konstitutiven Bestandteil annimmt. Dieses Argument wurde u.a. von Isabella Bakker ausgeführt, die drei wesentliche Dimensionen von sozialer Reproduktion definiert: „biological reproduction of the species, and the conditions and social constructions of motherhood", „the reproduction of the labor force" und „the reproduction of provisioning and caring needs" (Bakker 2007, 541). Jede integrale Analyse eines historischen Blocks muss untersuchen, auf welche Weisen diese Dimensionen der Reproduktion organisiert werden und wie sich die je spezifischen „shifts in the governance of social reproduction" (Bakker/Gill 2003, 33) zum dominanten Geschlechterregime (s.u.) verhält (vgl. Gill/Bakker 2006; Bakker 2007).
Wird diese Perspektivverschiebung ernst genommen, muss zweitens auch die Bestimmung der Kategorie des historischen Blocks modifiziert und danach gefragt werden, ob und wie auf Dauer gestellte Krisenbearbeitungen zu einem relativ stabilen, kohärenten Projekt kompromissvermittelter und konsensbasierter Führung entwickelt werden. Aus feministischer Perspektive ist entscheidend, inwiefern die Vergeschlechtlichung von Arbeit – einschließlich der Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Reproduktionsarbeit – zu einer solchen temporären Stabilisierung beiträgt. Ein historischer Block, d.h. eine relativ stabile hegemoniale Struktur, muss demnach konstitutiv von einem historisch konkreten *Geschlechterregime* getragen werden (vgl. Hajek/Opratko 2009, 24f.; Connell 1990). Im Rahmen des historischen Blocks des Fordismus etwa, so Frigga Haug,

> werden Geschlechterverhältnisse sichtbar als besondere Unterwerfung von Männern unter die Erwerbsarbeit am Fließband mit mechanischer Kräfteverausgabung bei höherer Bezahlung, die mehr Konsum, das Halten einer Familie und Freizeit erlaubt, die wiederum notwendig werden für die Aufrechterhaltung des männlichen Arbeitssubjekts. Seine Verausgabung bedingt spezifische Moral und Lebensführung. (Haug 2007, 42).

Zu untersuchen wäre demnach, welche Kontinuitäten und Brüche in jenem neoliberalen Geschlechterregime, das für den postfordistischen historischen Block seit den 1980er Jahren konstitutiv war, im Zuge der gegenwärtigen Krise und deren herrschender Bearbeitung auszumachen sind.

Eine feministisch-gramscianische Krisenanalyse muss drittens darauf bestehen, dass die analytische Kategorie der Geschlechterregime nicht auf Fragen der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung verengt werden darf. Gundula Ludwig hat in ihren Arbeiten darauf hingewiesen, dass Geschlechterverhältnisse „zentral über die Internalisierung staatlicher vergeschlechtlichter Zuschreibungen reguliert werden" (Ludwig 2007, 200). Hegemonie ist demnach kein den Subjekten äußerliches Verhältnis, durch das die „Subalternen" durch (scheinbare) Zugeständnisse korrumpiert und durch ideologische Verblendungen in die Irre geführt würden. Damit ein historischer Block relevante Teile der beherrschten Klassen integrieren und die herrschenden Verhältnisse stabilisieren kann, muss er Teil des „Alltagsverstands" werden: „In den Alltagsverstand integrieren die Subjekte Normen, Werte und Moralvorstellungen, die in zivilgesellschaftlichen Institutionen (...) ausgearbeitet werden und die die Subjekte als für sie sinnvoll und richtig erachten" (ebd., 198). Aus Gramscis Fordismusanalyse folgert Ludwig, dass die Herstellung eines historischen Blocks „staatliche Interventionen für eine bestimmte Subjektivität braucht" (ebd., 200; vgl. ausführlich Ludwig 2011). Dies ist aus feministischer Perspektive besonders bedeutsam: Es gilt zu untersuchen, welche *vergeschlechtlichten Formen der Subjektivierung* in bestimmte Strategien der Krisenbearbeitung eingeschrieben sind.

Viertens ergibt sich aus einem an Gramsci angelehnten Krisenverständnis, dass „große" oder „organische" Krisen wie die gegenwärtige nicht als „Betriebsunfall" in einem ansonsten funktionierenden System verstanden werden. Die organische Krise einer historisch konkreten Entwicklungsweise des Kapitalismus und des historischen Blocks, dessen Grundlage sie darstellt, muss aus den inhärenten Widersprüchen des historischen Blocks selbst erklärt werden. Im Fall des neoliberalen Blocks und dessen Krise seit 2008[5] verweist dies etwa auf die langfristige Stagnation von Reallöhnen in den kapitalistischen Zentren des globalen Nordens, die durch eine massive Ausweitung der Privatverschuldung von Lohnabhängigen kompensiert wurde (vgl. Young 2011); tendenziell fallende Profitraten und die damit zusammenhängende strukturelle Überakkumulation von Kapital (vgl. Demirović/Sablowski 2011; Sablowski 2009); die quantitative Ausweitung und qualitative Bedeutungszunahme von fiktivem Kapital auf globaler Ebene („Finanzialisierung"; vgl. Lapavitsas 2011); die Ausweitung prekarisierter Lohnarbeitsverhältnisse (vgl. Kaindl 2007); sowie den Umbau des keynesianischen Wohlfahrts- zum internationalisierten Wettbewerbsstaat (vgl. Hirsch 1995; Jessop 2002), in dem nicht zuletzt Bereiche

der sozialen Infrastruktur, die soziale Reproduktionstätigkeiten betreffen, in Wert gesetzt, d.h. der Profit- und Konkurrenzlogik des Marktes unterworfen wurden (vgl. Michalitsch 2004).

In der Aktualisierung und Verdichtung dieser latenten Krisentendenzen radikalisiert sich nun der „neue Konstitutionalismus" zu einem autoritären Krisenkonstitutionalismus; an die Stelle konsensbasierter Einbindung der Regierten treten Überwachung und Zwang. Diese Einschätzung scheint uns zunächst plausibel. Zugleich entgeht diesem Zugang, dass die Durchsetzung der gegenwärtig herrschenden, neoliberalen Krisenpolitik sich nicht allein entlang der Dichotomie „Konsens" und „Zwang" erklären lässt. Vereinfacht gesagt: Wenn die konsensbasierten und kompromissvermittelten Formen der Stabilisierung – wie etwa die gesellschaftliche Integration durch soziale Sicherungssysteme – abgeschwächt werden – wie dies zweifellos in gegenwärtigen Formen der Krisenbearbeitung der Fall ist – folgt daraus nicht automatisch ein bloßes „mehr" an Zwang und Autoritarismus. Ein anderer, mindestens so bedeutsamer Aspekt dieser Strategien ist, dass Krisenlasten – und letztlich ist „Krisenbearbeitung" nichts anderes als ein Name für die gesellschaftlichen Kämpfe darum, welche sozialen Gruppen für das in der Krise vernichtete Kapital aufzukommen haben – auf spezifisch vergeschlechtlichte Weisen auf Individuen abgewälzt wird. Dies kann besonders dort beobachtet werden, wo gesellschaftlich notwendige Sorge- und Reproduktionstätigkeiten (wieder) verstärkt als unbezahlte „Hausarbeit" verrichtet werden müssen.

Feministische Perspektiven heben dabei hervor, dass diese Form der Krisenbearbeitung geschlechtsspezifischer ideologischer Anrufungen bedarf, ein Aspekt, der quer zu den neogramscianischen Kategorien von Zwang und/oder Konsens liegt.

Der analytische Blick auf die Krise müsste also um eine Dimension erweitert werden, die wir *Subjektivierung als Krisenbearbeitung* nennen.

Unter den Begriff „Subjektivierung" fassen wir staatliche und zivilgesellschaftliche Anrufungen und Regierungstechniken, die bestimmte Aufgaben und Zuständigkeiten als (vergeschlechtlichte) Verantwortungsbereiche kennzeichnen und bestimmten Individuen (neu) zuteilen; sowie die Prozesse der Aneignung dieser Anrufungen, die Identitätsbildung und „Subjekt-Werdung" der derart angerufenen Individuen. Aus dieser Perspektive gilt es zu untersuchen, inwiefern in Krisenprozessen, und in deren politischen Bearbeitungsformen, diese vergeschlechtlichten Anrufungen und Zuweisungen neu arrangiert und durch die Individuen in ihren alltäglichen Praxen angeeignet werden. Mit dem Begriff der *Subjektivierung als Krisenbearbeitung* stellen wir damit eine Perspektive zur Diskussion, Krisenbearbeitung zentral über neue Formen der vergeschlechtlichten Subjektivierung zu fassen.

Im Folgenden skizzieren wir anhand der von der „Troika" (IWF, EZB, EU-Kommission) vorgegebenen Austeritätspolitik in Griechenland, wie diese analytische Perspektive unser Verständnis der gegenwärtigen Politik der Krisenbearbeitung vertiefen kann. Dabei verbleiben wir im Rahmen dieses Beitrags auf der politisch-programmatischen Ebene. Eine umfassende, erst noch zu leistende Analyse von Sub-

jektivierung als Krisenbearbeitung müsste in einem zweiten Schritt auch die Ebene der konkreten Formen der Aneignungen, Zurückweisungen und Umdeutungen dieser Anrufungen durch die Individuen im Rahmen konkreter, empirischer Untersuchungen analysieren.

Austerität in Griechenland – Subjektivierung als Krisenbearbeitung

Die „Bearbeitung" der Wirtschaftskrise in Griechenland durch die Institutionen der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds (IWF) können als Konzentrat neoliberal-autoritärer Austeritätspolitik gelten. Wir fokussieren im Folgenden auf das „Krisenlabor Griechenland" (Hartmann/Malamatinas 2011), da wir davon ausgehen, dass sich hier wie im Brennglas untersuchen lässt, was (in teilweise abgeschwächter Form) auch in anderen Teilen der neuen europäischen Peripherie (Spanien, Portugal, Italien, Irland) als herrschende Krisenbearbeitung durchzusetzen versucht wird.[6]

Die beiden „Rettungspakete" der Troika (Mai 2010, Juli 2011) und die damit verbundenen Konditionalitäten der „Economic Adjustment Programmes" (EAPs) umfassen wesentlich drei Dimensionen (vgl. Europäische Kommission 2010, 2011 und 2012). Erstens werden eine restriktive Fiskalpolitik bzw. rigorose Ausgabenkürzungen des griechischen Staates angeordnet. Die größten Posten sind dabei die Kürzung der Gehälter (die Reallöhne im öffentlichen Dienst gingen bereits im Zeitraum von 2010 bis 2011 um über 20% zurück), eine Arbeitszeitverlängerung von 37,5 auf 40 Wochenstunden sowie ein massiver Personalabbau im öffentlichen Dienst. So soll etwa bis 2015 die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 20% reduziert werden, was rund 150.000 Entlassungen entspricht. Zweitens werden Restrukturierungen der Verwaltung und Rückbauten des Sozialstaates angestrebt. Die Ausgabenkürzungen im Sozialbereich bis 2015 belaufen sich dabei auf 20,8% des BIPs. Davon hauptsächlich betroffen sind die Renten-, Gesundheits- und Bildungssysteme sowie Betreuungseinrichtungen; so wurden bereits bis 2011 etwa 2000 Schulen geschlossen (vgl. Europäische Kommission 2011, 42). Zusätzliche Gelder sollen durch Steuererhöhungen sowie durch Privatisierungen staatlicher Einrichtungen, Infrastruktur und Betrieben der Daseinsvorsorge im Wert von 50 Mrd. Euro eingenommen werden. Drittens soll durch eine „Arbeitsmarktreform" die Lohnquote gesenkt und ArbeiterInnenrechte eingeschränkt werden.

Aus der Perspektive kritischer IPÖ muss betont werden, dass es sich bei den EAPs der Troika nicht nur um eine Sparpolitik zur Reduzierung des Haushaltsdefizits handelt, sondern um eine forcierte Umsetzung neoliberaler Politiken und Programme, wie sie etwa bereits aus den Strukturanpassungsprogrammen des IWF für die Länder des globalen Südens bekannt ist. Die geschlechtsspezifischen Effekte dieser Politiken zeigen sich dabei besonders in den Auswirkungen des Rückbaus sozialstaatlicher Infrastruktur, wobei nicht nur der zunehmend prekäre Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, sondern auch der mit den Einsparungen und Streichungen verbundene *Qualitätsverlust* dieser Dienstleistungen berücksichtigt werden muss.

Am offensichtlichsten und unmittelbarsten ist dies anhand der Umstrukturierung des griechischen Gesundheitssystems abzulesen, in der die Einsparungen beim Personal als auch bei den Medikamenten „für griechische Patienten zur körperlichen Gefahr" (Zeit online 2012) werden. Hier sind die steigenden Kosten für Arzt- und Krankenhausbesuche noch nicht berücksichtigt. Ebenso verursacht die Schließung und Zusammenlegung von Schulen und Kindergärten massive Versorgungslücken in der Kinderbetreuung. Vor allem Familien aus der verarmenden Mittelklasse können sich die vormals breit in Anspruch genommenen privaten Schulen und Kinderbetreuungsangebote nicht mehr leisten und müssen nun wieder auf das öffentliche Betreuungs- und Bildungsangebot zurückgreifen. Dies hat zur Folge, dass das ohnehin geringer werdende Angebot seitens der öffentlichen Versorgung verknappt (vgl. Karamessini 2012, 202f). Schließlich werden etwa auch die Einsparungen im Rentensystem insofern Effekte zeitigen, als absehbar ist, dass die Anhebung der notwendigen Beitragsjahre auf 40 Jahre bzw. die drastischen Einbußen bei einem vorzeitigen Rentenantritt, ein ungeahntes Maß an Altersarmut zur Folge haben wird. Für immer mehr Menschen wird so die Absicherung im Alter in Frage gestellt bzw. werden neue Abhängigkeiten hergestellt. Der geschlechterpolitisch entscheidende Punkt ist hier, zu fragen, wer die gesellschaftlich notwendigen Reproduktionsleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Pflege in welchen Kontexten erbringt, wenn sozialstaatliche Einrichtungen in diesem Ausmaß geschleift werden. Feministische Untersuchungen vergangener Krisen und Krisenbearbeitungen weisen darauf hin, dass diese Leistungen überwiegend in den feminisierten Bereich der privaten Haushalte und damit (erneut) in den Verantwortungsbereich von Frauen verlagert werden (vgl. Wichterich 2010, 170f. für die Asienkrise Ende der 1990er Jahre). Braunmühl und Winterfeld weisen hinsichtlich der Strukturanpassungsprogramme im globalen Süden darauf hin, dass „die Entlastung der Staatshaushalte zu Lasten vor allem der Frauen (geht). In ihrer Rolle als Fürsorgeinstanz im Privatraum neu eingespannt, fangen sie nach Kräften individuell den Versorgungsbedarf auf, der dadurch als das, was er ist, nämlich eine gesamtwirtschaftliche Reproduktionsleistung, erneut unsichtbar wird." (Braunmühl/Winterfeld 2003, 8f.)

Aus dieser Perspektive besteht also ein wesentlicher Teil dessen, was euphemistisch als „Haushaltskonsolidierung" bezeichnet wird, darin, gesellschaftlich notwendige (Reproduktions-)Arbeit, die zuvor (wohlfahrts-)staatlich erbracht wurde, explizit oder implizit zur Privatsache zu erklären und damit den Einzelnen zu überantworten. Dies hat aus der Perspektive dominanter sozialer Kräfte einen dreifachen Vorteil: Entweder werden Reproduktionstätigkeiten dadurch als unbezahlte Hausarbeit erbracht, was den Staatshaushalt entlastet, oder sie werden in einkommensstarken Haushalten in Form von personenbezogenen Dienstleistungen zugekauft, was sich im besten Fall als Investitionsfeld erweisen kann. Zugleich erschließt diese Strategie eine wesentliche gesellschaftliche Stabilisierungsreserve, indem Krisenlasten auf sozial schwache und kaum organisierte AkteurInnen abwälzt werden – was andere, stärkere und besser organisierte AkteurInnen relativ entlasten kann. Der Effekt die-

ser Strategie ist schließlich eine Refamiliarisierung von Reproduktionsarbeit, die in überwältigendem Ausmaß Frauen betrifft. Der springende Punkt dieser Strategie ist ihre Perfidie. Sie besteht darin, dass die überwiegend von Frauen übernommene, unbezahlte Reproduktionsarbeit vor allem hochgradig emotional und affektiv aufgeladene Sorgetätigkeiten umfasst, die nicht oder nur unter hohem psychischen und emotionalen Einsatz bestreikt oder boykottiert werden können.[7] Die „Experten" (sic!) der Austeritätspolitik können sich darauf verlassen, dass die Pflege von alten Personen, die Betreuung und Erziehung von Kindern, das Zubereiten von Mahlzeiten und Stopfen von Socken letztlich doch – mehrheitlich von Frauen und unbezahlt – in der politisch unsichtbar gemachten Sphäre des Privathaushalts verrichtet wird. Bevor Kinder hungrig oder in zerschlissener Kleidung in die Schule gehen oder die betagten Verwandten alleine vor sich hin vegetieren, wird Care- und Reproduktionsarbeit von den vergeschlechtlichten Subjekten aufgefangen.

Christa Wichterich (2009) sprach in diesem Zusammenhang schon früh von Frauen als „sozialen Airbags" globaler Wirtschaftskrisen. Wir teilen Wichterichs Einschätzung, entwickeln das darin angelegte Argument aber in zweierlei Hinsicht weiter. Erstens geht es uns nicht um die direkten oder indirekten „Folgen" einer Krise (und deren soziale Abfederung), sondern um die strategischen Dimensionen der *politischen Krisenbearbeitung*. Zweitens wollen wir aus hegemonietheoretischer Perspektive deutlich machen, dass die relative, temporäre Stabilisierung krisenhafter gesellschaftlicher Verhältnisse – der zentrale Erkenntnisgegenstand neogramscianischer Forschung – zumindest teilweise jenseits von kompromissvermittelter, konsensualer Einbindung *und* von offener Zwangsgewalt organisiert werden kann. Das politische Projekt der Krisenbearbeitung beruht somit wesentlich darauf, dass die Sorge um die nahen Anderen und das Praxis-Wissen jener, die unbezahlt Sorgearbeit verrichten, als materielle Stabilisierungsreserve „angezapft" wird. Dabei wird besonders auf die seit langem hegemonial verankerte, patriarchale Sphärentrennung von Privatem und Öffentlichem zurückgegriffen. Die austeritätspolitisch erzwungene Refamiliarisierung von Sorge- und Reproduktionsarbeit überantwortet gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten in die feminisierte – und damit von den Entscheidungsträgern der europäischen Bürokratie stillschweigend vorausgesetzte – Sphäre der privaten Haushalte.

Mit der Refamiliarisierung von Reproduktionsarbeiten muss jedoch nicht notwendig eine *Repatriarchalisierung* von Familienstrukturen einhergehen. Denn die Austeritätspolitiken vertiefen auch die neoliberale Erosion des fordistischen Familienlohnes und der damit verbundenen sozialen Institution des (männlichen) Familienernährers. Von einer Reinstitutionalisierung dieser Familienlöhne kann in gegenwärtigen Politiken nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil führt die krisenbedingt massiv gestiegene Arbeitslosigkeit von Männern in der Exportindustrie bzw. im öffentlichen Sektor dazu, dass vermehrt Frauen auch mit prekären Einkommen die ErnährerInnenrolle im Familienverbund übernehmen (müssen) bzw. ihr Einkommen zumindest stark an Bedeutung gewinnt.[8]

Zudem gilt es zu untersuchen, inwiefern mit der erneuten Verlagerung von Reproduktionsarbeiten in den Bereich des Privaten auch eine Neuverteilung von reproduktiven Zuständigkeiten und Verantwortungen in Gang gesetzt ist. Reprivatisierungspolitiken greifen – und nur deshalb funktionieren sie so gut – implizit immer auf tradierte Konzepte von Privatheit zurück und aktivieren damit verbundene Vorstellungen von weiblichen ‚Kernkompetenzen', vergeschlechtlichtem Fürsorgewissen und entsprechende Praxen. Es geht uns aus also nicht nur darum, darauf hinzuweisen, dass Frauen nun mehr Leistungen im Privaten erbringen (müssen). Aus der Perspektive *Subjektvierung* als *Krisenbearbeitung* stellt sich darüber hinaus die Frage, *wie* diese neuen Formen weiblicher Subjektivität politisch-programmatisch angerufen werden, mit welchen neuen Zuständigkeiten und Verantwortungsbereichen sie gegenwärtig versehen werden, damit diese Reprivatisierung von reproduktiven Aufgaben ‚funktioniert'. Wenn also eine Restrukturierung von Geschlechterverhältnissen zu beobachten ist, dann ‚macht diese nicht vor dem Subjekt halt', sondern muss sich notwendig in spezifischen Subjektformen materialisieren (vgl. Ludwig 2011). Wir schließen daraus, dass die politische Bearbeitung der gegenwärtigen Finanzkrise somit wesentlich über den Versuch neuer geschlechtlicher Subjektivierungsweisen von statten geht, da die Neuverteilung und Privatisierung von Reproduktionsarbeiten notwendig an einer Neuzuschreibung von Verantwortungen und reproduktiven Zuständigkeiten hängt.
Welche vergeschlechtlichten Subjektivierungsformen den politischen Krisenbearbeitungspolitiken genau eingeschrieben sind, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht seriös einschätzen. Ob und wie die in den programmatischen Dokumenten der Troika und der griechischen Regierung angelegten Anrufungen von den Subjekten der Krise aufgenommen werden, wird Gegenstand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der kommenden Monate und Jahre sein. Die politischen Konsequenzen dieses Argumentes aber liegen auf der Hand: Ob sich die herrschenden Krisenbearbeitungsstrategien und -programmatiken durchsetzen, hängt zentral an der Frage, ob diese neuen vergeschlechtlichten Zuschreibungen, Verantwortungen und Anrufungen angenommen oder zurückgewiesen werden. Widerstandspotenzial liegt damit auch in einer Politisierung und Zurückweisung dieser ‚Subjektivierung als Krisenbearbeitung' und damit dieser ‚Krisen-Subjektivitäten'.

Anmerkungen

1 Wir danken Alex Demirović, Birgit Sauer, Ove Sutter und Magdalena Freudenschuß für wichtige Anmerkungen.

2 „Neogramscianische" Perspektiven greifen hegemonietheoretische Überlegungen des marxistischen Theoretikers Antonio Gramsci (1891-1937) auf und versuchen, diese für das Feld der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) und, seit den 1990er Jahren, insbesondere für kritische Analysen von Globalisierungsprozessen fruchtbar zu machen. Im Anschluss v.a. an die Arbeiten von Robert W. Cox (2011(1981), 1983, 1987) entstand so ein produktives Forschungsprogramm, das zumindest in Teilen des akademischen Felds der IPÖ eine gewisse Relevanz erringen konnte (vgl. Opratko/Prausmüller 2011 für einen Überblick).

3 „Hegemonie" bezeichnet nach Gramsci (1991ff.) eine „moderne" Form der Stabilisierung sozialer Verhältnisse, die nicht in erster Linie auf Zwang und offener Gewaltausübung beruhen, sondern die zivilge-

sellschaftliche Herstellung von breit getragenem Konsens, getragen durch materielle Zugeständnisse an untergeordnete soziale Gruppen, anstrebt Für eine ausführliche Darstellung von an Gramsci anschließenden Hegemonietheorien vgl. Opratko (2012).

4 Als „historischen Block" bezeichnete Gramsci Phasen kapitalistischer Entwicklung, in denen politische, ökonomische und kulturelle Praxisformen ein relativ kohärentes Ensemble – eine Hegemonie – bilden, in dem die einzelnen Elemente einander tendenziell wechselseitig stabilisieren. Ein schon von Gramsci selbst beschriebenes Beispiel wäre die Phase des Fordismus, die später von neogramscianischen AutorInnen eingehend untersucht wurde (vgl. u.a. Cox 1987; Rupert 1995). Die postfordistisch-globalisierte Entwicklungsweise seit den 1970er Jahren wird aus neogramscianischer Perspektive häufig als neoliberaler „transnationaler historischer Block" analysiert (vgl. Gill 2008, Kap. 3).

5 Die hier aufgezählten Aspekte werden als grobe Tendenzen begriffen, die sich zudem weitgehend auf den globalen Norden beziehen. In der konkreten Analyse muss selbstverständlich nach regionalen und nationalen Entwicklungspfaden, spezifischen Widersprüchen und „Spielarten des Neoliberalismus" gefragt werden (vgl. Schmidt 2008).

6 Zu den Ursachen und den Verlauf der Krise in Griechenland aus der Perspektive kritischer IPÖ vgl. u.a. Fouskas/Dimoulas 2012; Roth 2011; Vlachou 2012.

7 Vgl. für die Diskussion um „Sorgestreiks" Precarias a la deriva (2011)

8 Christa Wichterich (2011) spricht in diesem Zusammenhang von „neoliberaler Gleichstellung".

Literatur

Bakker, Isabella, 2007: Social Reproduction and the Constitution of a Genderered Political Economy. In: New Political Economy 12(4), 541-556.

Bakker, Isabella/**Gill**, Stephen, 2003: Ontology, Method, and Hypotheses. In: dies. (Hg.): Power, Production and Social Reproduction. Human In/Security in the Global Political Economy. Houndmills, 17-41.

Bieling, Hans-Jürgen, 2011: EU-Verfassungspolitik und Wirtschaftsregierung. Krisenkonstitutionalismus gegen Volkssouveränität und Demokratie. In: Widerspruch 31 (61), 61-70.

Bieling, Hans-Jürgen, 2007: Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung, Wiesbaden.

Braunmühl, Claudia v./**Winterfeld**, Uta v., 2003: Global Governance. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie. Wuppertal.

Çağlar, Gülay, 2010: Global – national – lokal: Transmissionsmechanismen der Krise und ihre geschlechtsspezifische Dimension im globalen Süden. In: Femina Politica 19 (1), 96-103.

Connell, R. W., 1990: The State, Gender, and Sexual Politics. Theory and Appraisal. In: Theory and Society 19 (5), 507-544.

Cox, Robert W., 1983: Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method. In: Millennium. Journal of International Studies. 12(2): 162-75.

Cox, Robert W., 1987: Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History. New York.

Cox, Robert W., 2011/1981: Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen. Jenseits einer Theorie internationaler Beziehungen. In: Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hg.): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg, 38-83.

Demirović, Alex/**Sablowski**, Thomas, 2011: Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: Prokla 42 (1), 77-106.

European Commission, 2010: The Economic Adjustment Programme for Greece. European Economy. Occasional Papers No. 61, Brussels: European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs Publications.

European Commission, 2011: The Economic Adjustment Programme for Greece – Forth Review – Spring 2011. European Economy. Occasional Papers No. 82, Brussels: European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs Publications.

European Commission, 2012: The Second Economic Adjustment Programme for Greece – March 2012. European Economy. Occasional Papers No. 92, Brussels: European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs Publications.

Fouskas, Vassilis K./**Dimoulas**, Constantine, 2012: The Greek Workshop of Debt and the Failure of the European Project. In: Journal of Balkan and Near Eastern Studies 14 (1), 1-31.

Gill, Stephen, 1992: The Emerging World Order and European Change: The Political Economy of the European Union. In: Socialist Register, 157-196.

Gill, Stephen, 2008: Power and Resistance in the New World Order. 2nd Edition, fully revised and updated. Houndmills.

Gill, Stephen/**Bakker**, Isabella, 2006: New Constitutionalism and the Social Reproduction of Caring Institutions. In: Theoretical Medicine and Bioethics 27 (1), 35-57.

Gramsci, Antonio, 1991ff.: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 1-10, Hamburg.

Hajek, Katharina/**Kinzel**, Katherina, 2011: Hegemonie, Geschlecht und Weltordnung. Feministische und neogramscianische Ansätze in der IPÖ. In: Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hg.): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg, 125-144.

Hajek, Katharina/**Opratko**, Benjamin, 2009: Welche Wirtschaft, wessen Krise? In: Perspektiven 9, 22-31.

Hartmann, Detlef/**Malamatinas**, John, 2011: Krisenlabor Griechenland. Finanzmärkte, Kämpfe und die Neuordnung Europas. Berlin.

Haug, Frigga, 2007: Mit Gramsci die Geschlechterverhältnisse begreifen. In: Merkens, Andreas/Diaz, Victor Rego (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg, 33-53.

Hirsch, Joachim, 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin.

Jessop, Bob, 2002: The Future of the Capitalist State. Oxford.

Kaindl, Christina, 2007: Neoliberalismus: hochtechnologische Produktionsweise und prekarisierte Lebensweise. In: Klautke, Roland/Oehrlein, Brigitte (Hg.): Prekarität - Neoliberalismus – Deregulierung. Hamburg, 18-28.

Karemessini, Maria, 2012: Strukturkrise, Schocktherapie und Gender in Griechenland. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster, 187-205.

Klatzer, Elisabeth/**Schlager**, Christa, 2012: Genderdimensionen in der neuen EU Economic Governance. Maskuline Steuerungsmechanismen und feminisierte Kosten- und Risikoabwälzung. In: Kurswechsel (1), 23-35.

Lapavitsas, Costas, 2011: Theorizing Financialization. In: Work, Employment and Society, 25 (4), 611-626.

Ludwig, Gundula, 2007: Gramscis Hegemonietheorie und die staatliche Produktion von vergeschlechtlichten Subjekten. In: Das Argument. 49 (2) 270, 196-205.

Ludwig, Gundula, 2011: Geschlecht regieren. Staat, Subjekt und heteronormative Hegemonie, Frankfurt/M.

Michalitsch, Gabriele, 2004: Private Liebe statt öffentliche Leistung. Geschlechterimplikationen von Privatisierung. In: Kurswechsel (3), 75-84.

Michalitsch, Gabriele, 2009: Umsteuern: Mit feministischer Politik der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Bonn, 49-55.

Michalitsch, Gabriele, 2010: Krise und Kritik: Über-Arbeiten oder Über-Leben. In: Femina Politica 19 (1), 104-111.

Oberndorfer, Lukas, 2012a: Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus? In: Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt' Europa (Hg.): Die EU in der Krise. Münster, 49-71.

Oberndorfer, Lukas, 2012b: Vom neuen zum autoritären Konstitutionalismus. Soziale Bewegungen, Recht und Demokratie in der europäischen Krise. In: Kurswechsel (2), 62-67.

Opratko, Benjamin, 2012: Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci, Münster.

Opratko, Benjamin/**Prausmüller**, Oliver (Hg.), 2011: Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Hamburg.

Overbeek, Henk/**van Apeldoorn**, Bastiaan (Hg.), 2012: Neoliberalism in Crisis, Houndmills.

Precarias a la deriva, 2011: „Was ist dein Streik?" Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität. Wien u.a.

Reiner, Sabine, 2009: Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Bonn, 5-14.

Reiner, Sabine/**Schambach**, Gabriele (2010): Business as usual. Restauration wirtschaftlicher und geschlechtlicher Strukturen in der Finanz- und Wirtschaftskrise. In: Femina Politica 19 (1), 86-95.

Roth, Karl Heinz, 2012: Griechenland und die Euro-Krise. In: Sozial.Geschichte Online 6, 156-176.

Rucki, Sheila M., 2011: Global Economic Crisis and China's Challenge to Global Hegemony: A Neo-Gramscian Approach. In: New Political Science 33(3), 335-355.

Rupert, Mark, 1995: Producing Hegemony. The Politics of Mass Production and American Global Power, Cambridge.

Sablowski, Thomas, 2009: Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise. In: Kritische Justiz 42(2), 116-131.

Sauer, Birgit, 2010: Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen. In: Kurswechsel. (1), 38-46.

Scheele, Alexandra, 2011: Die Stunde der Technokraten. Geschlechterdemokratische Defizite der gegenwärtigen Krisenpolitik. In: Widerspruch. 31 (61), 13-20.

Schmidt, Ingo (Hg.), 2008: Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan. Hamburg.

Short, Nicola, 2012: Leadership, Neoliberal Governance and Global Economic Crisis: a Gramscian Analysis. In: Gill, Stephen (Hg.): Global Crises and the Crisis of Global Leadership. Cambridge, 38-55.

Stiegler, Barbara, 2009: Zur Care-Arbeit in Deutschland. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Bonn, 27-31.

Vlachou, Andriana, 2012: The Greek Economy in Turmoil. In: Rethinking Marxism. 24 (2), 171-200.

Walby, Sylvia, 2009: Gender and the Financial Crisis. Paper for UNESCO Project on „Gender and the Financial Crisis". Internet: www.lancs.ac.uk/fass/doc_library/sociology/Gender_and_financial_crisis_Sylvia_Walby.pdf (10.02.2013).

Wichterich, Christa, 2011: Krise der Ernährermännlichkeit und neoliberale Gleichstellung durch die Krise. In: Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg, 129-145.

Wichterich, Christa, 2010: Geschlechteranalysen und -diskurse in der Krise. In: Peripherie. 30 (118/119), 164-187.

Wichterich, Christa, 2009: Frauen als soziale Air Bags. Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen. In: lunapark21. 2 (6), 22-25.

Young, Brigitte, 2011: Der privatisierte Keynesianismus, die Finanzialisierung des ‚alltäglichen Lebens' und die Schuldenfalle. In: Kessler, Oliver (Hg.): Die Internationale Politische Ökonomie der Weltfinanzkrise. Wiesbaden, 15-36.

Young, Brigitte/**Schubert**, Helene, 2010: The Global Financial Meltdown And The Impact Of Financial Governance On Gender. Garnet Policy Brief, Paris.

Zeit online, 2012: Griechenland kann Patienten nicht mehr versorgen. Internet: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-06/griechenland-gesundheitssystem-finanzkrise (10.02.2013).

Regulationstheorie, Cultural Political Economy und feministische Gesellschaftstheorie

FELIX HAUF

Während die Regulationstheorie in den sozialwissenschaftlichen Debatten über die Krise des Fordismus in den 1970er Jahren noch ein maßgebliches Paradigma politisch-ökonomischer Theoriebildung war, spielt sie in den aktuellen Analysen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise kaum eine Rolle. Das gesellschaftliche Interesse an Marx und seiner Kritik der politischen Ökonomie, nimmt man die Verkaufszahlen von „Das Kapital" als Indikator, nimmt in Krisenzeiten zwar zu, an der akademischen Marginalisierung von neo-marxistischen Ansätzen wie der Regulationstheorie ändert sich aber nicht viel. Obwohl die regulationstheoretischen Konzepte einen wertvollen Beitrag zu den Krisenanalysen leisten könnten, haftet ihnen noch der Geruch des Ökonomismus und Klassenreduktionismus der marxistischen Orthodoxie an, die sie gerade überwinden helfen sollten. Aus feministischer Sicht kommt die Kritik an Geschlechterblindheit und Androzentrismus hinzu, die die Regulationstheorie als wenig geeignete Bezugsgröße für eine feministische Gesellschaftstheorie erscheinen lässt. Auf beide Ebenen der Kritik wurde mittlerweile geantwortet: Lars Kohlmorgen (2004) hat in seiner Dissertation die Regulationstheorie durch eine geschlechtertheoretische Erweiterung ihres Kategoriengerüsts feministisch rekonstruiert, und Bob Jessop (2004; 2009) und Ngai-Ling Sum (2006) entwickeln aus der Kombination von regulations-, staats- und diskurstheoretischen Elementen ein neues, im Entstehen begriffenes Paradigma, Cultural Political Economy, welches das enttäuschte Versprechen der Regulationstheorie auf eine erneuerte Gesellschaftstheorie, die den Ökonomismus des orthodoxen Marxismus überwindet, ohne die Grundeinsichten einer an Marx geschulten Ökonomiekritik aufzugeben, auf bessere Weise einzulösen verspricht.

In diesem Beitrag geht es um die Frage, inwiefern die Regulationstheorie und Cultural Political Economy als ihre neueste Weiterentwicklung als geeignete Theorieperspektiven für feministische Analysen auf dem Feld der politischen Ökonomie gesehen werden können. Meine These ist dabei zum einen, dass die feministische